

N i e d e r s c h r i f t

**über die. 12. gemeinsame öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt
und 11. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales, Sport und Kultur
am Mittwoch, dem 29.11.2017, um 20:00 Uhr im Lindener Ratsstuben, Sitzungssaal**

Stellv. Ausschussvorsitzender BPU

Herr Volker Heine

Ausschussmitglieder BPU

Frau Gudrun Lang

Vertretung für Alisha
Weitze

Herr Dr. Ulrich Lenz

Herr Hendrik Lodde

Herr Friedel Löser

Frau Antje Markgraf

Herr Peter Reinwald

Herr Frank Rippl

Ausschussvorsitzender JSSK

Frau Dr. Michaela Goll

Ausschussmitglieder JSSK

Frau Anneliese Bork

Frau Gisela Koch

Frau Karin Lenz

Frau Franziska Schaffer

Herr Tim-Ole Steinberg

Herr Lothar Weigel

Frau Sigrid Weitze

Stellv. Stadtverordnetenvorsteher

Herr Hans Bausch

Herr Frank Hille

Herr Joachim Schaffer

Herr Dr. Christof Schütz

Magistrat

Herr Thomas Altenheimer

Herr Norbert Arnold

Frau Petra Braun

Herr Sven Deeg

Herr Wolfgang Gath

Herr Jörg König

Herr Reinhold Krapf

Herr Gerhard Trinklein

Herr Michael Wolter

Ausländerbeiratsvorsitzender

Herr Abraham Abrahamian

von der Verwaltung

Patrick Retzer

Presse

Herr Harold Sekatsch

Herr Thomas Wißner

Protokollführer

Frau Renate Wolf

Abwesend:

Ausschussvorsitzender BPU

Herr Burkhard Nöh

Ausschussmitglieder BPU

Frau Alisha Weitze

Ausschussmitglieder JSSK

Frau Renate Geiselbrechtinger

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1** Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2** Neubau einer Kindertagesstätte
Vorlage: /0038a/16-21
- 3** Verschiedenes

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Begrüßung, Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Dr.Goll eröffnet die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt und des Ausschusses für Jugend, Soziales, Sport und Kultur und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde, die vorgeschriebene Veröffentlichung in den Lindener Nachrichten erfolgte und die Ausschüsse beschlussfähig sind. Ihr besonderer Gruß gilt den Herren Seipp, Ramisch und Kohlhausen vom Planungsbüro Kolmer & Fischer und den Herren Schultz und Müller (Ingenieurbüro für Bauwesen GmbH). Der Vorsitzende des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt lässt sich entschuldigen; er steckt im Stau fest.

Zur Tagesordnung ergeben sich keine Änderungen.

Herr Reinwald teilt mit, dass er (wieder einmal) keine Einladung und Vorlagen erhalten hat.

Frau Dr. Goll nimmt dies zur Kenntnis.

Zu TOP 2 Neubau einer Kindertagesstätte Vorlage: /0038a/16-21

Bgm. König erklärt, dass es heute eine reine Info-Veranstaltung sei; eine Abstimmung erfolgt nicht. Er bittet darum, alle evtl. dann noch auftretende Fragen schriftlich einzureichen.

Herr Seipp (Planungsbüro Kolmer & Fischer) erläutert kurz den bisherigen Werdegang zum Kindergartenneubau. Aufgrund diverser Schwierigkeiten (Zwangspunkte durch das Baufenster, fehlende Zustimmung der Nachbarn, Vorhandensein einer Wasserleitung usw.) musste ein neuer Standort gefunden werden. Die bereits in diesem B-Plan ausgewiesene Fläche für den Gemeinbedarf war zwar schon vorhanden, musste jedoch noch vergrößert werden.

Die Mitarbeiter des Planungsbüros Kolmer & Fischer, Herr Kohlhausen und Herr Ramisch, stellen anhand einer Powerpoint Präsentation den geplanten Kindergartenneubau vor.

Grundriss EG

Herr Lodde bemängelt die Gestaltung des Essbereiches. Dieser sei seiner Meinung nach zu offen geplant; es würde zu Störungen führen, wenn die Kinder abgeholt werden (Sichtachse zum Eingangsbereich). Auch führe diese Offenheit zu einer verstärkten Geruchsbelästigung im gesamten Kindergarten. Er fragt nach, ob man den Essbereich ggf. durch eine Schiebe-/Doppeltür trennen könne.

Laut Herrn Ramisch sei dies baulich durchaus umsetzbar; allerdings gehöre es so zu der offenen Bauweise.

Herr Lodde fragt nach, warum im EG keine Duschen für die Kinder vorgesehen sind.

Dies wird von Herrn Ramisch näher erläutert.

Herr Lodde möchte wissen, warum der Kleinkinderbereich oben untergebracht ist.

Herr Kohlhausen erklärt, dass diese Aufteilung mit der Arbeitsgruppe abgesprochen wurde.

Herr Lodde fragt nach einem Außenspielbereich für die Kleinen.

Laut Herrn Ramisch können die Kinder in einem bestimmten Bereich auf dem Balkon spielen; dies wurde so auch mit der Unfallkasse abgesprochen.

Frau Lang möchte wissen, warum der Gruppenraum 2 kleiner als der Gruppenraum 1 gestaltet wurde.

Herr Ramisch erklärt, dass die Gruppenraumgröße beider Räume für die Kinderzahl ausreichend sei. Der Gruppenraum 1 habe lediglich einen kleinen Anhang, den man dadurch flexibel gestalten könne. Auch dies war von der Arbeitsgruppe so gewünscht.

Herr Dr. Schütz fragt nach der Anzahl der Sitzplätze im Essbereich.
Er findet es eine gute Idee, dass unten keine Duschen vorgesehen sind.

Herr Ramisch gibt mit 54 m² an, dass der Platz im Essraum nicht für alle ausreichend sei; die Kinder essen gruppenweise zeitversetzt.

Im EG seien Waschbecken und Toiletten entsprechend vorhanden; man könne aber auch Duschen einbauen, falls gewünscht.

Laut Herrn Lodde sollte sich auch im EG ein Wickeltisch befinden, da hier Kinder ab 2 Jahren untergebracht werden und diese nicht zwingend alle sauber sind.

Herr Kohlhausen erklärt, dass die Grundrisse so mit dem Arbeitskreis abgestimmt wurden. Da der U3-Bereich im Obergeschoss untergebracht ist, wurden auch nur dort Wickeltische vorgesehen. Bei Bedarf wäre dies jedoch auch im EG noch möglich.

Herr Ramisch erläutert anschließend die Aufteilung des Obergeschosses.

Für Herrn Dr. Schütz ist es nicht unbedingt nachvollziehbar, dass sich der Ruheraum für die U3 Kinder neben dem Diff.-Raum befindet. Dieser wäre dann ja zu den betreffenden Zeiten nicht nutzbar.

Herr Ramisch erklärt, dass zwei unterschiedliche Rettungswege vorhanden sein müssen und daher müssen die entsprechenden Türen vorhanden sein. Diese werden entsprechende Schallschutzvorrichtungen erhalten.

Herr Dr. Schütz kann anhand der Größe des Planes keine Dusche im OG erkennen.

Herr Kohlhausen erläutert die Lage der Dusche; auch hier habe man noch ausreichend Platz für einen Wickeltisch.

Herr Dr. Schütz möchte wissen, ob für die Kinder kein Platz zum „Matschen“ vorgesehen sei.

Herr Kohlhausen erklärt, dass ein Matschbereich nicht unbedingt im Haus vorhanden sein muss; dieser sollte besser im Außenbereich angelegt werden.

Herr Ramisch ergänzt, dass es auch auf die Möblierung ankomme. Hier gebe es inzwischen auch gute Möglichkeiten für Innen.

Herr Dr. Schütz ergänzt, dass er dabei auch an Arbeiten mit Ton gedacht habe und dafür benötige man ebenfalls Wasser. Ob daran gedacht wurde, dass entsprechende Leitungen in den Gruppenräumen vorhanden sind.

Zu den aufgetretenen Fragen erklärt Frau Strobl, stellv. Leiterin Kindergarten Regenbogenland, dass eine Dusche für den gesamten Kindergarten durchaus ausreichend ist.

Zum Matschbereich erklärt sie, dass man sich überwiegend (auch bei schlechtem Wetter) draußen aufhalte und dies die Kinder genießen. Allerdings gebe es auch schon Matschtische für den Innenbereich.

Insgesamt sei es vorgesehen, die Gruppenräume als Stammgruppenräume zu nutzen und ansonsten jeden anderen Raum unterschiedlich zu gestalten.

Dass man sich dafür entschieden habe, die Kleinen oben anzusiedeln, hänge auch damit zusammen, dass die Lärmbelästigung von oben nach unten extrem stark sei. Im jetzigen Regenbogenland sind die Kleinen unten und bei deren Ruhezeiten können die Diff.-Räume im OG nicht genutzt werden.

Frau Lang fragt nach der Größe des Aufzuges und mit wie viel Personen dieser nutzbar sei. Hier müsse auch der Grundgedanke der Inklusion beachtet werden.

Laut Herrn Ramisch sei dieser ca. 2 m² groß und auch der Grundgedanke der Inklusion wurde aufgegriffen.

Nach Auffassung von Frau Lang sei der Aufzug definitiv zu klein. Ein kleiner Rollstuhl ginge vielleicht hinein, aber es werde schon eng, wenn dann Fußstützen vorhanden sein müssten.

Herr Kohlhausen erklärt, dass die Innenmaße der Kabine mit 1,10 m auf 1,40 m der DIN entsprechen. Hier hätten ein Rollstuhlfahrer und eine weitere Person ausreichend Platz.

Herr Lodde möchte wissen, ob der Dachüberstand des Eingangsbereiches als Balkon genutzt werden kann.

Laut Herrn Ramisch ist hier keine weitere Nutzung angedacht.

Herr Lodde möchte wissen, wie viel Personal in diesem Kindergarten arbeiten wird.

Laut Frau Strobl erfolgt die Personalberechnung nach der Kinderzahl.

Herr Weigel möchte wissen, warum nur oben ein Sanitätsraum vorgesehen ist.

Herr Ramisch erklärt hierzu, dass der Betreuungsschlüssel sehr eng gefasst sei und ein „verunfalltes Kind“ unter ständiger Beobachtung sein müsse und dürfe sich daher nicht unbeaufsichtigt in einen separaten Raum befinden.

Herr Reinwald möchte noch einmal auf den Aufzug zu sprechen kommen. Die genannten Zahlen seien Mindestmaße für die Barrierefreiheit und seien somit wohl ausreichend. Allerdings sehe er nicht die Barrierefreiheit in den Nassräumen; hier fehlen die Bewegungsflächen für einen Rollstuhl. Es wäre schön, wenn auch dies entsprechend dargestellt werden könnte. Hierbei sollte man aber auch daran denken, dass es auch Kinder mit einer anderen Behinderung gebe und hier entsprechende Anforderungen an die Barrierefreiheit zu beachten sind (DIN 18040).

Herr Ramisch stimmt dem grundsätzlich zu. Allerdings sei im EG ein Behinderten WC vorhanden und es gebe keine Vorschrift, dass jeder Raum so auszustatten sei.

Frau Markgraf möchte wissen, ob man im Untergeschoss den Bewegungsraum um die graue Fläche erweitern könne.

Dies sei Laut Herrn Ramisch nicht erforderlich, da in diesem Grundriss alle Räume untergebracht werden konnten.

Frau Sigrid Weitze weist darauf hin, dass in einem Behinderten WC die Tür nach außen aufgehen sollte.

Dies wird laut Herrn Ramisch entsprechend berücksichtigt.

Herr Lodde bittet daran zu denken, im Werkstatttraum ein Waschbecken zu planen.

Wird beachtet.

Anschließend erläutert Herr Ramisch die Ansichten und den Schnitt des Kindergartens.

Frau Lang erklärt zu dem Brüstungsband und den Gucklöchern/Bullaugen, aus denen die Kinder rausschauen können, dass die Kinder auch rausgehen dürfen. Daher ihre Frage zum Aufzug. Außerdem möchte Sie wissen, warum man das Behinderten-WC nicht einfach mit dem Personal-WC (größer) tauscht.

Zum Brüstungsband mit den Bullaugen erklärt Herr Ramisch, dass die Kinder dann nicht gegen eine stumpfe Wand schauen, wenn sie im Spielflur spielen.

Ein Tausch der Toiletten sei durchaus möglich; es müssen jedoch nur die Mindestanforderungen erfüllt werden und dies sei so gegeben.

Herr Kohlhausen teilt ergänzend mit, dass das Behinderten-WC groß genug sei und das Personal-WC so geplant sei, dass 1 Toilette vorhanden und daneben noch ein Urinal angeordnet werden kann, falls erforderlich. Er sieht keine Notwendigkeit des Tauschs.

Herr Ramisch erläutert weitere Ansichten des Kindergartens.

Herr Lodde weist darauf hin, dass durch ein Sonnensegel auf der Nordseite gar kein Licht mehr in den Kindergarten komme.

Zur Brüstung fragt er, ob hier auch Glas verarbeitet werden könnte.

Laut Herrn Ramisch ist die Gestaltung der Brüstung mit Glas eine Kostenfrage, aber durchaus machbar.

Herr Reinwald hat es so verstanden, dass die Gucklöcher verglast seien, um ein Überklettern zu verhindern.

Herr Ramisch erklärt hierzu, dass selbstverständlich alle Vorgaben der HBO/des BauGB usw. eingehalten werden müssen und es oberstes Gebot sei, ein Überklettern zu verhindern. Hier gebe es entsprechende Möglichkeiten/Vorrichtungen.

Frau Lang möchte wissen, warum man den Kindergarten nicht nach Osten ausgerichtet habe.

Dies möchte Herr Ramisch anhand des Freiflächenplans beantworten. Er selber habe einmal im Sommer auf dem Balkon des Regenbogenlandes gestanden und da wurde es ihm innerhalb kürzester Zeit zu heiß. Und da die Balkone auch zum Spielen genutzt werden sollen/können, hat man sich für diese Ausrichtung entschieden.

Außerdem steht im Osten die Schule und da hätte man dann auch nicht genügend Licht.

Eine Frage des Herrn Lodde bezüglich der Fensterflächen wird von Herrn Kohlhausen zufriedenstellend beantwortet.

Die Hauptfensterflächen seinen gen Norden gerichtet; auf der gerade gezeigten Seite seien diese so angeordnet, damit die Kinder auch besser rausschauen können (30-50 cm Brüstungshöhe).

Herr Ramisch ergänzt, dass man in den Gruppenräumen auch Wände brauche, um etwas aufhängen zu können.

Abschließend erläutert Herr Ramisch den Freiflächenplan; hier ist die Spielfläche noch nicht geplant.

Herr Dr. Schütz ist darüber erschüttert, dass vor dem Kindergarten Stellplätze angelegt wurden. Man habe immer davon gesprochen, Autoverkehr vom Kindergarten fernzuhalten.

Herr Kohlhausen erklärt hierzu, dass diese u.a. für die Erzieherinnen und die Leitung vorgesehen seien (Material ein- und ausladen). Außerdem soll der Bewegungsraum auch extern genutzt werden können. Ein weiterer Grund sei die Stellplatzsatzung der Stadt Linden; diese sieht 1 Stellplatz pro 25 Kinder und 2 Erzieherinnen pro Gruppe vor; daher sind 8 Stellplätze erforderlich. Die Stellplätze müssen auch für die Baugenehmigung nachgewiesen werden, so Herr Ramisch. Es bestehe die Verpflichtung so zu planen, dass alle Vorgaben der HBO erfüllt sind. Er vertritt die Auffassung, dass dort die Stellplätze richtig angelegt sind.

Zu der Anlegung der Stellplätze und Fahrrad-Abstellanlagen entwickelt sich noch eine ausführliche Diskussion über das Für und Wider und den Standort.

Herr Heine möchte wissen, ob die Möglichkeit besteht, auf dem Dach Solarzellen anzubringen.

Derartige Fragen wird Herr Schultz beantworten.

Herr Dr. Schütz ist etwas von dem Konzept irritiert. Man habe bisher nichts schriftlich vorliegen gehabt und es werde immer von einem offenen Konzept gesprochen; dem widersprechen dann aber die geschlossenen Gruppenräume und Stammgruppen.

Frau Strobl erklärt, dass grundsätzlich das pädagogische Konzept Aufgabe der Leitung sei. Der Grundgedanke tendiere aber zu einem offenen pädagogischen Konzept (nicht zu verwechseln mit architektonisch offen). Durch das Bilden von sogenannten Stammgruppen sollen die Kinder eine feste Bezugsperson bekommen.

Herr Steinberg betont, dass durch die Nutzbarkeit der Differenzierungsräume von beiden Seite das Konzept schon sehr offen sei.

Herr Ramisch ergänzt, dass hier auch die Anforderungen durch den Brandschutz zu beachten waren. Dazu wird Herr Müller Weiteres ausführen. Man müsse auch zwischen einem baulichen und pädagogischen Konzept unterscheiden.

Herr Ramisch erläutert die Gebäudekenndaten.

Anschließend geht Herr Schultz auf das Energetische Konzept ein; hierzu hat er ebenfalls diverse Vorlagen.

Angestrebt war auch, das Gebäude als Passivhaus darzustellen; dem hat man dann drei weitere Varianten gegenübergestellt. Somit kann eine Vergleichbarkeit zwischen den Modellen dargestellt werden.

Seiner Meinung nach funktioniert ein Passivhaus für einen Kindergarten nicht; er erläutert die Gründe hierfür.

Herr Reinwald möchte wissen, ob bei diesen ganzen Überlegungen auch eine Wärmepumpe eine Rolle gespielt habe.

Laut Herrn Schultz war die Vorgabe, dass Fernwärme genommen werden soll. Er empfiehlt, eine dezentrale Wärmeversorgung, wenn diese direkt vor „der Haustür“ vorhanden sei. So sei auch weniger Raumkapazität erforderlich.

Herr Steinberg fragt nach, ob „KfW 55“ überhaupt noch gültig sei; er habe etwas von „KfW 70“ gehört.

Laut Herrn Schultz müsse man nach den Enev-Vorgaben bauen. KfW 55 würde aber vielen mehr sagen, daher wurde dies so auch als Vergleichsbeispiel aufgenommen.

Herr Dr. Schütz kann es nicht nachvollziehen, dass die Passivhausbauweise nicht so gut sein soll. Dies wundere ihn umso mehr, als dass Frankfurt noch immer auf dem Trip sei, ausschließlich so zu bauen.

Dann stellt er noch eine Frage zum Technikraum; er könne sich nicht erinnern, dass diese politische Entscheidung so getroffen wurde.

Laut Herrn Schultz strebe Frankfurt die Passivhausbauweise so an; allerdings eher für andere Gebäude (z.B. Schulen – hier sei das Verständnis eher vorhanden, warum die Fenster geschlossen bleiben müssen/sollen).

Herr Ramisch erläutert, warum man den Technikraum so geplant habe.

Herr Kohlhausen ergänzt, dass im EG noch ein Hausanschlussraum vorhanden sei; den könnte man auch im Oberschoss noch installieren.

Herr Dr. Schütz möchte wissen, ob diese Räume noch ausreichend dimensioniert seien, falls man etwas Anderes als Fernwärme nutzen möchte.

Dies wird von Herrn Kohlhausen bejaht.

Anschließend werden die Folien Baukosten (Kostenberechnung nach Gewerken – Gesamtkosten brutto 3.344.000,00 €) und die Folie Zusatzkosten erläutert.

Herr Weigel möchte wissen, was genau unter „Kostengruppen“ zu verstehen ist.

Herr Ramisch erklärt, dass die Kostengruppe (KG) 300 reine konstruktive Maßnahmen betreffe und die Kostengruppe (KG) 400 reine Anlagentechnik betreffe.

Die Folie „Photovoltaik“ (PV-Anlage) wird erläutert; hier kommen noch 54.200,00 € inkl. MwSt zu den Kosten dazu. Statisch ist dies machbar.

Dr. Schütz: kann nicht nachvollziehen, dass in einer früheren Folie von Herrn Schultz die PV Anlage schon energetisch eingerechnet war, aber nicht preislich.

Außerdem teilt er mit, dass man aus politischen Gründen die Variante 1 nicht unterstützen würde. Man will ein Haus für die nächsten 30/40 Jahre bauen und müsste damit mehr als das Doppelte „verheizen“. Er könne durchaus die Schwierigkeiten mit der Passivhausbauweise verstehen, aber man müsse der politischen Diskussion die betriebswirtschaftliche Diskussion entgegen halten.

Laut Herrn Schultz sei dies genau der Punkt des Anstrebens des Passivhauses. Er würde allerdings in einem Kindergarten nie auf Fußbodenheizung verzichten wollen; die Kinder spielen nun einmal lieber vom Fußboden aus.

Herr Lodde erinnert an die Vorstellung der Fernwärme durch die Stadtwerke. Zunächst ist das Blockheizkraftwerk vorhanden, da die zu erschließende Fläche noch nicht so groß ist. Man könne dies dann

aber in den nächsten 5-10 Jahren entsprechend erweitern; die erforderliche Fläche ist hinter der Schule vorhanden.

Herr Steinberg habe kurz die Brennstoffkosten überschlagen; hier fragt er nach einer näheren Erklärung.

Laut Herrn Kohlhausen wird hier immer mit dem Standard verglichen.

Herr Schaffer stellt eine Verständnisfrage zur Fernwärme; er ist davon ausgegangen, dass Fernwärme noch nicht zur Verfügung stehe.

Bgm. König erklärt, dass Fernwärme doch schon zur Verfügung steht. In der Volkshalle befindet sich ein Blockheizkraftwerk, welches auch für den jetzigen Bereich des neuen Baugebietes ausreichend ist. Und wie bereits Herr Lodde mitgeteilt hat, kann hinter der Schule ein größeres Blockheizkraftwerk gebaut werden.

Herr Hille führt aus, dass man in die Ideologie abgedriftet sei. Man wolle einen Kindergarten bauen und dieser solle auch als solcher nutzbar sein. Dies habe auch die Praxis gezeigt, als zwei Erzieherinnen von den Problemen im Kindergarten Regenbogenland berichtet haben. Jetzt favorisiere man ein offenes Konzept. Auch vor dem Hintergrund, dass man Energie sparen wolle, sollte man darauf achten, dass der praktische Nutzen für die Kinder nicht verloren gehe.

Herr Dr. Schütz schließt sich diesen Ausführungen an.

Zu den Kosten hätte er gerne noch den Hinweis auf das Schreiben des HSGB vorliegen gehabt (bezüglich evtl. Zuschüsse für diese Bauweise). Wenn bekannt sei, dass man Zuschüsse bekommen könne, dann hätten diese gegengerechnet werden müssen.

Auch hierzu gibt es eine Folie, so Herr Ramisch. Eine Förderung sei unabhängig vom Energiestandard gegeben.

Auch Herr Schultz gibt hierzu noch einige Erklärungen ab.

Herr Ramisch erläutert eine Folie zum Baugenehmigungsverfahren und zum Bauablauf.

Herr Reinwald möchte wissen, in welcher Phase man sich gerade befinde.

Laut Herrn Ramisch sei dies die Phase 3 (Entwurfsplanung) und Phase 4 (Genehmigungsplanung). Herr Seipp ergänzt, dass laut Auftrag die Phasen 1-4 zu erbringen seien.

Herr Ramisch erläutert die Folie „Förderprogramme“.

Frau Dr. Goll dankt allen Herren für die Vorstellung.

Herr Löser möchte von den Planern nähere Auskünfte zum Flachdach; seiner Meinung nach gebe es damit Probleme bei der Dichtigkeit. Warum habe man kein Pult- oder Satteldach gewählt?

Laut Herrn Ramisch habe dies etwas mit der Kompaktheit des Gebäudes zu tun. Auch Baulich spreche nichts dagegen.

Frau Markgraf bittet darum, dass die Folien mit den Zahlen und Varianten noch vor der nächsten Ausschusssitzung zur Verfügung gestellt werden.

Herr Lodde stellt eine Frage zum Beschlussantragstext, inwieweit die gemachten Anregungen noch eingearbeitet werden.

Außerdem stehe im Text, dass Kolmer & Fischer den Kindergarten baue; Bauherr sei jedoch der Magistrat. Der Beschlusstext müsse genauer formuliert werden.

Bgm. König erklärt, dass der Beschlusstext noch einmal entsprechend überarbeitet werde. Wichtig sei, dass jetzt der Bauantrag so schnell als möglich gestellt werden könne.

Auch Herr Hille plädiert dafür, dass sich der Magistrat noch einmal kritisch mit dem Beschlusstext auseinandersetzt. Das Parlament entscheide und ermächtige damit den Magistrat alles Weitere/Notwendige in die Wege zu leiten. Vom Kern stehe die Aussage, dass der Kindergarten zu bauen ist und alles andere sei Aufgabe des Magistrats.

Herr Lodde fragt nach, ob der Magistrat noch ein Konzept zur verkehrlichen Andienung vorlege.

Laut Bgm. König könne man darüber im Ausschuss reden. Es könne jedoch nicht sein, dass die Stadt Satzungsgeber sei (Stellplatzsatzung) und diese dann selber nicht einhalte. Er gibt allerdings Herrn Dr. Schütz recht, dass dort kein ständiger Verkehr stattfinden soll.

Herr Steinberg bittet darum, dass in den Fachausschüssen dann jeweils nur deren Themen behandelt werden (Montag Themen für den JSSK und Dienstag bauliche Themen).

Herr Hille dankt Herrn Steinberg für seine Ausführungen und schließt sich dem komplett an. Allerdings wurde seiner Meinung nach ein sehr ernst zu nehmender Punkt noch gar nicht behandelt. Dies wären die Folgekosten – diese müssten bekannt sein, bevor man etwas beschließen könne. Für die Ausschusssitzungen sollte eine Berechnung des Kapitaldienstes, der Abschreibung, Personalkosten usw. vorliegen; was kostet dies buchmäßig. Ihm würde eine Aufstellung für die Variante 1 ausreichen.“

Zu TOP 3 Verschiedenes

Landschaftspflegekonzept

Frau Markgraf erklärt, dass eine Veranstaltung zum Landschaftspflegekonzept stattgefunden hat. Hierüber sollte doch im Bauausschuss berichtet werden, damit man ggf. auch Fragen stellen könne.

.....
Stellv. Vorsitzender BPU Volker Heine

.....
Vorsitzende JSSK Dr. Michaela Goll

.....
Protokollant Renate Wolf